

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

16. WP - 29. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. November 2006, 15:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Vorsitzende

Ursula Sassen (CDU)

Heike Franzen (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Frauке Tengler (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Angelika Birk

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Niclas Herbst (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungszeitengesetz - LöffZG)	6
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/996	
2.	Bericht der Landesregierung über den Stand der Sozialverträge	7
	a) psychosoziale Versorgung	
	b) Suchtmittelbekämpfung	
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
3.	Bezuschussung der Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen	9
	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/930	
4.	Bericht über die Ein-Euro-Jobs in Schleswig-Holstein	9
	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1012	
5.	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienst-Gesetz)	10
	Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/519	

- b) Vorfahrt für Kinder - Ausbau von Frühförderung und Einführung einer verbindlichen Vorsorgeuntersuchung für Zweijährige in Schleswig-Holstein**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/518
- 6. Vorgezogene Schuleingangsuntersuchung 10**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/124
- 7. Bündnis gegen Essstörungen - Heilungsprozesse durch Beratung, Behandlung und Begleitung sicherstellen 12**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/866
- Bericht über die Landesförderung in den Jahren 2007/2008
 - Bericht über die aktuellen Ergebnisse aus dem „Kinder- und Jugendsurvey“ des Robert-Koch-Institutes
- 8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung (GO) 14**
- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/623
- 9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz 15**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1002
- 10. Barrierefreies Fernsehen 16**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/773

11. Beschlüsse des Altenparlaments 17

Umdruck 16/1302

12. Verschiedenes 18

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungszeitengesetz - LÖffZG)

Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/996

Der Ausschuss beschließt, gegenüber dem federführenden Wirtschaftsausschuss kein Votum abzugeben.

Der Wirtschaftsausschuss wird gebeten, den Mitgliedern des Sozialausschusses eine Einladung zu der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 22. November 2006 zukommen zu lassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über den Stand der Sozialverträge

a) psychosoziale Versorgung

b) Suchtmittelbekämpfung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stellv. St Fleck berichtet, gegenwärtig könne nur ein Überblick über den derzeitigen Stand gegeben werden. Dieser sehe wie folgt aus:

Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für den Abschluss der Verträge lägen vor. Mit dem Kabinettsbeschluss vom vergangenen Mittwoch zur Nachschiebeliste seien diese formal geschaffen. Bevorzugt werde die Festbetragsfinanzierung. Das sei zwischen Sozialministerium und Landesrechnungshof erörtert worden. Bisher sei kein Einvernehmen erzielt worden. Der Landesrechnungshof akzeptiere, dass die Landesregierung eine möglichst einfache Verwaltungsform vorsehe, habe sich aber noch Bedenkzeit ausbedungen. Eine Zustimmungspflicht des Landesrechnungshofs bestehe nicht; gleichwohl werde Einvernehmen angestrebt.

Mit dem Finanzministerium sei eine Abstimmung auf Arbeitsebene erfolgt. Die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände habe ein Interesse an einer Verabschiedung. Gesprächsbedarf gebe es nur noch mit den kommunalen Landesverbänden. Die Landesregierung hoffe, dass diese kurzfristig abgeschlossen werden könnten, sodass alle Beteiligten ihr Plazet gegeben hätten. Es gehe um insgesamt 1.671.000 € im Suchtmittelbereich und 846.500 € im Bereich der dezentralen Psychiatrie.

Auf eine Frage der Abg. Heinold bestätigt stellv. St Fleck, dass die bisherige Schwerpunktsetzung beibehalten werden solle. Sinn und Zweck der Sozialverträge sei, das Verfahren zu vereinfachen und gleichzeitig eine politisch stabile Finanzierung zu sichern. Inhaltliche Veränderungen, die von politischer Relevanz wären, seien damit nicht verbunden.

Im Folgenden macht der Ausschuss deutlich, dass er eine Berichterstattung gegenüber dem Parlament für notwendig hält. - Stellv. St Fleck weist darauf hin, dass eine regelmäßige Berichterstattung Inhalt der Zielvereinbarungen sei.

Abg. Geerds begrüßt den Abschluss der Sozialverträge, weil Sicherheit im sozialen Bereich geschaffen und gleichzeitig ein Beitrag zur Stabilisierung des Haushalts und zur Einsparung geleistet werde.

Abg. Heinold weist darauf hin, dass im Hochschulbereich zunächst die Ziele bestimmt worden seien, erst dann habe die Landesregierung die entsprechenden Verträge abgeschlossen. Im Sozialausschuss habe allerdings bisher keine inhaltliche Debatte stattgefunden.

RL Dr. Müller-Luks erläutert, im Bereich der Psychiatrie werde an bestehende Programme und vorhandene Strukturen angeknüpft. Anliegen sei, die bestehenden Strukturen mit weniger Mitteln zu erhalten. Eine Zielvereinbarung solle jährlich geschlossen werden. Im Rahmen dieser sei es durchaus möglich, geänderte politische Vorgaben aufzunehmen.

Abg. Baasch regt an, dem Ausschuss die Verträge, die Zielvereinbarungen sowie die nach den Zielvereinbarungen zu erstellenden Berichte zur Verfügung zu stellen. - Dem schließt sich der Ausschuss an.

Ferner bittet Abg. Baasch um einen Bericht über die Auswirkungen der Absenkung der Mittel auf die Arbeit und auf mögliche Einwerbung von Drittmitteln auf die bestehenden Einrichtungen.

Abg. Dr. Garg begrüßt die für die Beteiligten entstehende Sicherheit, hält es aber in Zukunft für schwieriger, politische Vorgaben des Parlamentes umzusetzen.

Die Vorsitzende fasst die Diskussion dahin zusammen, dass kontinuierlich weiterhin gute Arbeit geleistet werden könne. Das Ministerium habe zugesagt, dem Ausschuss die Sozialverträge, die Zielvereinbarungen sowie die Berichte zur Verfügung zu stellen. Zur Kenntnis zu nehmen sei, dass die Zielvereinbarungen auf der Grundlage eines Istzustandes vereinbart worden seien. Werde eine Umsteuerung notwendig, werde es erforderlich, sich erneut mit den Zielvereinbarungen zu beschäftigen.

Punkte 3 und 4 der Tagesordnung:

Bezuschussung der Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/930

(überwiesen am 12. Oktober 2006 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Antrag des Abg. Lars Harms (SSW)
Umdruck 16/1334

- Verfahrensfragen -

Bericht über die Ein-Euro-Jobs in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1012

(überwiesen am 12. Oktober 2006 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Antrag des Abg. Lars Harms (SSW)
Umdruck 16/1334

- Verfahrensfragen -

Abg. Baasch geht auf den Antrag des Abg. Harms, Umdruck 16/1334, ein und legt dar, eine mündliche Anhörung halte seine Fraktion nicht für erforderlich. Er schlägt vor, schriftliche Stellungnahmen einzuholen, und zwar neben den von Abg. Harms vorgeschlagenen auch von der Arbeitsagentur, Regionalstelle Nord, der IHK sowie Nordfriesland als Vertreter eines Optionskreises. - Abg. Harms erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Garg kommt der Ausschuss überein, in seiner nächsten Sitzung den Arbeitsminister zu bitten, zu dem Thema der Zuschussung der Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen Stellung zu nehmen.

Punkte 5 und 6 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienst-Gesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/519

hierzu: Umdrucke 16/734, 16/754, 16/755, 16/764, 16/775, 16/777, 16/781,
16/788, 16/797, 16/987

b) Vorfahrt für Kinder - Ausbau von Frühförderung und Einführung einer verbindlichen Vorsorgeuntersuchung für Zweijährige in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/518

hierzu: Umdruck 16/775

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/542

(überwiesen am 26. Januar 2006)

Vorgezogene Schuleingangsuntersuchung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/124

(überwiesen am 15. Juni 2005 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdruck 16/1443

Abg. Heinold führt an, nach ihrer Erkenntnis gebe es eine Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages zum Thema Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung von Vorsorgemaßnahmen. Sie schlägt vor, an diesen Dienst heranzutreten mit der Bitte, sich mit seiner Auftraggeberin beziehungsweise seinem Auftraggeber in Verbindung zu setzen und darum zu bitten, diese Ausarbeitung dem Sozialausschuss zur Verfügung zu stellen. - Der Ausschuss beauftragt die Vorsitzende, wie vorgeschlagen zu verfahren.

Abg. Dr. Garg schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/519, zurückzustellen. - Der Ausschuss verständigt sich auf diese Verfahrensweise.

Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/518, betreffend Vorfahrt für Kinder - Ausbau von Frühförderung und Einführung einer verbindlichen Vorsorgeuntersuchung für Zweijährige in Schleswig-Holstein abzulehnen.

Ferner geben die Mitglieder des Ausschusses an den Landtag einstimmig die aus Um-
druck 16/1443 ersichtliche Beschlussempfehlung ab.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend vorgezogene Schuleingangsuntersuchung, Drucksache 16/124, abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bündnis gegen Essstörungen - Heilungsprozesse durch Beratung, Behandlung und Begleitung sicherstellen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/866

(überwiesen am 29. Juni 2006)

- Bericht über die Landesförderung in den Jahren 2007/2008
- Bericht über die aktuellen Ergebnisse aus dem „Kinder- und Jugendsurvey“ des Robert-Koch-Institutes

Nachdem Abg. Heinold die Problematik insbesondere bei jungen erwachsenen Frauen geschildert und darauf hingewiesen hat, dass nach dem Gesundheitsbericht 20 % der Kinder fehlernährt seien, schlägt sie vor, gegebenenfalls schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Abg. Schümann sieht Übereinstimmung in der Sicht der Problemlage. Sie schlägt vor, die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht im I. Quartal 2007 zu bitten, der unter anderem eine Bestandsaufnahme enthalten sollte. Außerdem schlägt sie vor, die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung um schriftliche Stellungnahme zu bitten.

Abg. Geerds meint, dass es im Land Angebote gebe. Allerdings müsse die Frage gestellt werden, ob sie ausreichend vernetzt seien. Dies solle gemeinsam mit dem Ministerium diskutiert werden. Wichtig sei, der Frage nachzugehen, welche Erfahrungen die bisherigen Akteure hätten und wie sie zusammenarbeiteten. Vor diesem Hintergrund schließe er sich der Anregung von Abg. Schümann an.

Abg. Heinold hält es für erforderlich, bestehende Lücken bei einer Vernetzung aufzudecken. Ferner regt sie an, auch die Medizinisch-Psychosomatische Klinik in Bad Bramstedt um einen Erfahrungsbericht zu bitten.

Abg. Baasch schlägt vor, in die Vernetzungsüberlegungen auch weitere Stellen einzubeziehen, beispielsweise die Universitätskliniken, Selbsthilfegruppen oder den Landessportverband.

Abg. Tengler regt an, vergleichbar mit den Herbstgesprächen ein Gespräch im Bereich der Sucht zu initiieren.

Abg. Dr. Garg hält es für wichtig, in den Bericht der Landesregierung den Aspekt aufzunehmen, ob sich das Ministerium in der Lage sehe, als Moderator zu wirken und einen Koordinationsprozess anzustoßen.

Stellv. St Fleck legt dar, auch die Landesregierung sehe Handlungsbedarf in dem Bereich. Es sei notwendig, hier gesundheitspolitisch zu arbeiten. Einen Anstoß zu einer Vernetzung durch die Landesregierung halte er für möglich, nicht aber die Organisation selbst. Dies müsse unterhalb der Ebene der Landesregierung erfolgen.

Abg. Heinold hält es für entscheidend, dass es eine Ebene gebe, auf der sich die Akteure zusammensetzten und austauschten. Die auf diesem Feld Aktiven sollten zusammengebracht werden, um ihnen die Möglichkeit eines Austausches zu bieten.

Der Ausschuss kommt überein, die Landesregierung zu bitten, ihm im I. Quartal 2007 einen schriftlichen Bericht unter Einbeziehung der im Rahmen der Diskussion genannten Aspekte zu bitten. Außerdem sollen die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung sowie die Medizinisch-Psychosomatische Klinik Bad Bramstedt um Stellungnahmen gebeten werden.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung (GO)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/623

(überwiesen am 22. März 2006 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und
Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/776, 16/1079

Nach kurzer Diskussion schließt sich der Ausschuss dem Votum des beteiligten Innen- und Rechtsausschusses an und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1002

(überwiesen am 13. Oktober 2006)

hierzu: Umdruck 16/1420

Der Ausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Als Termin bis zur Abgabe der Stellungnahme legt er den 30. November 2006 fest. Die Fraktionen werden gebeten, gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses möglichst umgehend weitere Anzuhörende zu benennen.

Die Beratung des Gesetzentwurfs soll in der nächsten Sitzung am 7. Dezember 2006 erfolgen. Einvernehmen besteht darüber, dass die zweite Lesung in der Dezember-Tagung des Landtages erfolgen soll.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Barrierefreies Fernsehen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/773

(überwiesen am 28. Juni 2006 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und
Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/1276, 16/1303

- Verfahrensfragen -

hier: Festlegung des Kreises der Anzuhörenden

Der Ausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Daneben soll eine mündliche Anhörung durchgeführt werden, und zwar des Gehörlosen-Verbandes Schleswig-Holstein, des Blinden- und Sehbehindertenvereins Schleswig-Holstein, des Norddeutschen Rundfunks, des ZDFs sowie des VPRT.

Als Frist bis zu Abgabe der Stellungnahme wird das Jahresende festgelegt.

Auf einen Termin für die mündliche Anhörung wird sich der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung verständigen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Beschlüsse des Altenparlaments

Umdruck 16/1302

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse des Altenparlaments zur Kenntnis und weist darauf hin, dass die Fraktionen inhaltlich Stellung dazu nehmen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Die Vorsitzende berichtet, am 13. November habe das durch einen Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierte Fachgespräch zum Thema **Sicherheit des Kernkraftwerkes Brunsbüttel** im Ministerium stattgefunden. Anwesend gewesen seien die Ministerin, zwei weitere hochrangige Vertreter des Ministeriums, parlamentarische Vertreter des SSW und der SPD sowie - nach vorheriger Absprache - ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der FDP. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU seien nicht vertreten gewesen. Sie äußert in diesem Zusammenhang Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Diskussion, wenn von der Fraktion, die dieses Gespräch initiiert habe, kein Vertreter anwesend sei.

Ferner legt sie dar, dass den Ausschussmitgliedern das Manuskript der Ministerin zur Verfügung gestellt werden werde.

Abg. Heinold entschuldigt sich formal für das Fernbleiben einer Vertreterin beziehungsweise eines Vertreters ihrer Fraktion zu dieser Besprechung.

b) Abg. Heinold spricht das Verfahren zur Gesetzgebung des Ausführungsgesetzes zum **Kinder- und Jugendhilfegesetz** an und stellt Fragen nach möglichen finanzwirksamen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushalts.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Gesetzentwurf in seiner nächsten Sitzung zu beraten und vertritt einmütig die Auffassung, dass die zweite Lesung in der Dezember-Tagung durchgeführt werden soll.

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, schließt die Sitzung um 16:35 Uhr.

gez. Siegrid Tenor-Alschausky

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin